

Europa – Wunsch und Wirklichkeit

Roland Sturm



Roland Sturm

Die nicht vollendete „Politische Union“ sei der Konstruktionsfehler, der der Überwindung der Krise der Europäischen Währungsgemeinschaft entgegen stünde, so Jürgen Habermas in einer vom Spiegel veröffentlichten Polemik gegen das deutsche „Elitenversagen“ in der Europapolitik. Habermas traut der deutschen Politik zu, ja erwartet von ihr, dass sie die Vereinigten Staaten von Europa durchsetzt. Auf den Einwand, dass diese Europavorstellung vielleicht in Deutschland nicht gerade populär ist, denn sie wird heute so verstanden, dass der deutsche Steuerzahler noch mehr als bereits bisher in Haftung und/oder Zahlung für gesamteuropäische Schulden genommen wird (von den Schulden der Banken bis zu den Haushaltslöcher der Staaten), hat Habermas die überraschende Antwort: „Wenn eine politische Lösung vernünftig ist, sollte sie einem demokratischen Wählerpublikum zuzumuten sein.“¹

Sehen wir einmal ab von der Frage, wer denn entscheidet, was „vernünftig“ ist. Einigen sollte man sich zumindest darauf können, was möglich ist. Man kann sich schwerlich vorstellen, dass wir Europäer nicht den Wunsch nach Überwindung absurder Nationalismen teilen, dass wir nicht wollen, dass alle „Menschen Brüder/Schwestern werden“, und es ist für die Mehrheit der Europäer sicher so, dass das geeinte Europa ein Traum ist, für den sich viele in der Vergangenheit aktiv und mit großem Enthusiasmus eingesetzt haben und dies in Zukunft (hoffentlich) auch tun werden. Nicht der Wunsch nach einer immer „engeren Union“, zu der sich alle EU-Mitgliedstaaten vertraglich verpflichtet haben, ist das Problem. Das Problem ist die Wirklichkeit.

Zur Wirklichkeit gehört eine Reihe von Fakten, die nicht leichtfertig übersehen werden sollten. Ein kurzer Blick zurück: 2009 wurde der Lissabon-Vertrag unterzeichnet (der britische Premierminister Gordon Brown tat dies übrigens einen Tag später, um nicht auf dem europäischen Familienfoto zu landen). Nicht unterzeichnet wurde der Verfassungsvertrag – oder gar eine europäische Verfassung. Und selbst um die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages zu sichern, wurde Irland das Zugeständnis ein Land/ ein Kommissar in der EU-Kommission gemacht. Damit wurde die europäische Idee massiv un-

terminiert. Aus ihr ergibt sich nämlich, dass die Kommission eben keine intergouvernementale Vertretungskörperschaft ist, sondern – wie es bereits die Römischen Verträge ausdrücklich festgelegt haben – eine nicht an Weisung gebundene quasi-Regierung der EU.

Schon vor der Bankenkrise ab 2008 und der nachfolgenden Staatsschuldenkrise war der Wunsch nach „mehr Europa“ in einer schlechten Verfassung. Die Krise hat diesen Befund akzentuiert. Schon vor 2008 war klar und vertraglich auch immer so festgelegt, dass Statusänderungen in der EU nur einstimmig erfolgen können. Hier gibt es keine deutsche Sonderrolle. Und es ist mehr als widersprüchlich, zum einen die deutsche Hegemonie in Europa zu attackieren und gleichzeitig von den deutschen Eliten zu verlangen, sie müssten ein bestimmtes Europabild „durchsetzen“. Und wo wären überhaupt Partner. Die Debatten um die Vereinigten Staaten von Europa sind eine sehr deutsche Diskussion. Unter den sechs Gründungsstaaten der EU gibt es zwei bis drei gewichtige, die sich immer mehr von ihrer ursprünglichen Bereitschaft zum Souveränitätstransfer nach Brüssel abgewandt haben. Die niederländische Regierung hat sogar für das eigene Land das Ende der „immer engeren Union“ ausgerufen und einen politischen Zaun um Kompetenzen gezogen, die sie nicht in Brüssel sehen will. Italiens Europaskepsis ist in der Krise, wie die Wahlergebnisse zeigen, eher gewachsen, und Frankreichs Präsident findet nichts dabei, sich im Namen der nationalen Souveränität über die EU-Kommission zu beschweren, wenn diese nichts anderes tut, als der Aufgabe der Kontrolle nationaler Haushalte nachzukommen, zu der sie vertraglich verpflichtet ist. Wenn schon in den Gründerstaaten die Begeisterung für die europäische Einigung nachgelassen hat, fehlte sie in vielen Beitrittsländern von Anfang an. Der Beitritt zur EU bedeutete für diese Länder die Übernahme des Vertragsstandes der EU, des *acquis communautaire*, nicht aber die Zustimmung, sich von Brüssel aus regieren zu lassen und den vollständigen Verzicht auf nationale Souveränität, auch nicht in fernerer Zukunft. Unter einer solchen Voraussetzung, die ja den Kern der Forderung nach einer Politischen Union ausmacht, hätte es keine West-, Süd- oder Osterweiterung der EU gegeben.

Sicher war die Hoffnung weit verbreitet, dass mit der Zeit die EU-Mitgliedsländer immer stärker wirtschaftlich und in der Folge auch politisch zusammenwachsen. Das war der Wunsch, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Für das politische Zusammenwachsen gab es immer schon Grenzen. Staaten wie die Tschechische Republik oder Großbritannien können sich nur ein Europa *à la carte* vorstellen. Hier wird die Idee der Vereinigten Staaten von Europa als Einstieg in einen europäischen Superstaat gesehen, den auch die Bevölkerung heftig ablehnt und noch heftiger ablehnen würde, käme er als deutsches Projekt daher. Ein „deutsches Europa“ möchte zu Recht niemand.

Aber auch da wo der politische Wille vorhanden war, weitere Schritte als bisher zwischenstaatlich in Europa gemeinsam zu gehen, setzte die ökonomische Realität Grenzen und formulierte Interessen, z. B. der Nettozahler und der Nettoempfänger, der Länder mit großzügigen Regeln für den Bankensektor (UK, Luxemburg, Österreich), der Länder mit großem Landwirtschaftssektor (Frankreich, Spanien, Polen), oder der Länder mit höherer bzw. niedriger Wettbewerbsfähigkeit. Es war sicher nicht so geplant – im Gegenteil: der Euro

sollte die EU-Mitgliedstaaten zusammenbringen und, wie es im Verfassungsvertrag noch hieß, zum Symbol der EU werden – aber heute ist der Graben zwischen den Euro- und den Nicht-Euro-Ländern größer als je zuvor. Die EU versucht dies auch nicht zu vertuschen, sondern schuf das neue Amt des Eurogruppenvorsitzenden. Der Wirtschafts- und Finanzrat wird so zweigeteilt.

Für viele Beitrittsländer waren der ökonomische Wohlstand in der EU und die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufholprozess besonders attraktiv. Umso enttäuschender sind zähleibige Probleme regionaler Benachteiligungen und die Verstrickung in Banken- und Staatsschuldenkrisen. Diesen Ländern zu erklären, der Preis für die europäische ökonomische Solidarität sei ein weiterer Souveränitätsverzicht, würde die Euroskepsis eher verstärken, wie alle Diskussionen um Troika-Lösungen zeigen. Die Forderung, Deutschland müsse haushaltspolitische Souveränität aufgeben, bei anderen Mitgliedstaaten bliebe aber alles beim Alten, ist weder durchdacht noch europarechtlich möglich.

Besonders wenig hoffnungsvoll im Hinblick auf die eingeforderte Politische Union stimmt die europäische Außenpolitik, die eben weitgehend keine gemeinsame ist. Weder wurde das alte Problem der europäischen Präsenz im UN-Sicherheitsrat gelöst, wo zwar Frankreich und das Vereinigte Königreich vertreten sind, die EU aber damit dennoch keine Stimme hat. Noch funktioniert Europa in aktuellen Konflikten. Frankreich und Großbritannien intervenieren in Libyen, Deutschland hält demonstrativ Abstand. In der Syrien- und der Ägyptenkrise bleibt Europa vielstimmig. Der gemeinsame diplomatische Dienst hinterlässt ebenso wie die für die europäische Außenpolitik eigentlich zuständige Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik kaum Spuren.

Die Wirklichkeit ist also, wie immer, weniger attraktiv als das Wünschenswerte. Es gilt aber das Paradox, um dem Wünschenswerten näher zu kommen, muss man sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Hierzu gehört auch, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, Europa könne gelingen, wenn die „Eliten“ dies nur wollten. Ein Europa, das auf die Solidarität der Europäer, vor allem in schlechten Zeiten setzt, muss alle mitnehmen. Es ist nur so viel Europa möglich, wie die europäischen Völker dies wollen. Schon heute ist eine Kluft entstanden zwischen dem tatsächlichen Gewicht und dem vermuteten Gewicht der europäischen Institutionen, das regelmäßig zu Unverständnis führt. Nationale Regierungen (und Bildungssysteme) vermitteln nur ungenügend, inwieweit das eigene Land bereits von Brüssel regiert wird. Entsteht der falsche Eindruck, die nationale Regierung habe in allem weiterhin das letzte Wort, sind Wut und Enttäuschung groß, wenn das bei wichtigen nationalen Streitfällen nicht der Fall ist.

Hindernisse für europäische Gemeinsamkeit offensiv zu benennen und sich mit diesen auseinanderzusetzen, ist der erste Schritt zu ihrer Überwindung, sie zu leugnen und auf den großen Wurf zu warten, hilft nicht weiter. Die Aufgaben der Politik für ein geeintes Europa sind schwieriger geworden. Vielleicht sind wir noch nicht so weit, wie wir aus deutscher Sicht gerne wären. Das kann aber nur eines bedeuten – sich immer wieder gemeinsam mit unseren europäischen Partnern zu bemühen, die Grenzen des Machbaren schrittweise auszu-leuchten. Wir fangen nicht bei null an, sondern beim erreichten Stand der In-

tegration. Wenn dieser bestimmte wirtschaftliche oder politische Lösungen nicht zulässt, sollte man darauf verzichten. Es kann keine „deutsche“ Lösung europäischer Krisen geben, nur eine gemeinsame, in die – was beim heutigen Stand der europäischen Integration keinen überraschen sollte – auch nationale Interessen einfließen.

Anmerkung

- 1 Jürgen Habermas: Ein Fall von Elitenversagen, in: Der Spiegel vom 5. August 2013, S. 27.